

# Albanien

Tobias Flessenkemper\*

Albanien und das benachbarte Nordmazedonien bilden ein inoffizielles Tandem im schleppenden EU-Erweiterungsprozess, unter anderem auch wegen der bedeutenden albanischen Minderheit von gut 20 Prozent in Nordmazedonien. Im Juni 2019 waren die beiden Länder Anlass für ein Veto gegenüber weiteren Beitrittsverhandlungen durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Daraufhin wurde eine neue Methode für Beitrittsverhandlungen durch die Kommission entwickelt, die am 5. Februar 2020 vorgestellt wurde.<sup>1</sup> Der Rat der Europäischen Union beschloss dann einstimmig, am 25. März 2020 Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu eröffnen. Mitte 2020 ist unklar, ob es dem Rat der Europäischen Union gelingen wird, ein Einvernehmen über den Verhandlungsrahmen für die beiden Länder und den Beginn von Regierungskonferenzen herzustellen. Für Albanien ist dabei die Bilanz der Reformen und eine Entspannung der innenpolitischen Lage entscheidend. Die Spannungen zwischen Ministerpräsident Edi Rama und Staatspräsident Ilir Meta sind im Zuge der durch die Justizreform ausgelöste Lähmung des Verfassungsgerichts im Nachgang zu den umstrittenen Kommunalwahlen 2019 weiter eskaliert. Am 26. November 2019 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 6,4 den Nordwesten des Landes, bei dem über 50 Menschen ums Leben kamen und mehr als 3.000 verletzt wurden. Es war das stärkste Erdbeben in Albanien seit über 40 Jahren. Die EU stellte 115 Mio. Euro als Wiederaufbauhilfe zur Verfügung.

Seit Mitte der 2000er Jahre hat sich Albanien in zunehmender Geschwindigkeit in europäische Strukturen integriert. Darüber hinaus arbeiten die EU-Agenturen Europol, Eurojust und Frontex operativ mit den albanischen Behörden zusammen. So finden seit 2019 regelmäßig gemeinsame Grenzschutzoperationen in Albanien unter Leitung von Frontex statt. Die EU-Mitgliedstaaten sind daneben über unbegründete Asylanträge von albanischen Staatsangehörigen vor allem in Italien besorgt und fordern kontinuierliche Maßnahmen dagegen. Reformen des Rechtsstaats sind neben Fragen des Funktionierens von demokratischen Prozessen und Institutionen die Kernbedingungen, die der Rat der Europäischen Union für den Beginn der Regierungskonferenz über den Beitritt (Aufnahme der Verhandlung) gestellt hat.<sup>2</sup> Die 15 Bedingungen präzisieren und ergänzen die seit 2014 bestehenden EU-Prioritäten: Justiz- und Verwaltungsreformen, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung sowie verbesserter Menschenrechtsschutz (besonders für Minderheiten). Justizfragen, wie die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofs stehen im Vordergrund, da die seit 2016 begonnene und von der EU geforderte Überprüfung der Richter und Staatsanwälte zu einer Blockade der Rechtspflege, -sprechung und -verwaltung geführt hat. Hinzugekommen sind EU-Forderungen nach einer Wahlrechtsänderungen und Reformen im Medienbereich. Dabei wurde

---

\* Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

1 Vgl. Europäische Kommission: Remarks by Commissioner Olivér Várhelyi at the press conference on the revised enlargement methodology, 5.2.2020.

2 Rat der Europäischen Union: Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess. Republik Nordmazedonien und Republik Albanien. Schlussfolgerungen des Rates, 25. März 2020, 7002/20.

verstärkt die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) des Europarats in die Arbeiten eingebunden (Albanien ist seit 1995 Mitglied des Europarats).<sup>3</sup> Es ist ein stärkerer Rückgriff auf die Normen des Europarats zu beobachten, da die EU-Mitgliedstaaten seit Eröffnung des Art. 7 EUV-Verfahrens gegen Mitgliedstaaten weniger überzeugend auf die eigene Praxis gegenüber Drittstaaten verweisen können. Die zunehmend autokratischen Tendenzen von Ministerpräsident Rama und der andauernde Antagonismus der politischen Lager, der von den europäischen Parteien – die Regierung ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und die Opposition Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) – nicht befriedet wird, bremst den EU-Fortschritt regelmäßig aus. Die Bevölkerung wünscht jedoch die EU-Integration mit überwältigender Mehrheit. Die angestrebte Wahlrechtsreform droht durch die Konkurrenz von außen zwischen SPE und EVP angesichts der Parlamentswahlen im April 2021 zerrieben zu werden. Die oppositionelle Partia Demokratike e Shqipërisë (DP) ist zu schwach und droht nach der Kommunalwahl 2019 mit einem weiteren Wahlboykott im Jahr 2021. Zur Zeit ist kein Weg aus der Blockade erkennbar, zumal die Covid-19-Pandemie die Lage zusätzlich erschwert hat, indem die Regierung ihre Vormachtstellung krisenbedingt ausbauen konnte. So sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie äußerst rigoros und Zuwiderhandlungen mit unverhältnismäßig hohen Freiheitsstrafen belegt worden. Während der Einschränkungen des öffentlichen Lebens schuf die Regierung mit dem Abriss des Nationaltheaters zur Baulandgewinnung in der Innenstadt von Tirana Tatsachen und signalisierte damit ihre Macht gegenüber der Zivilgesellschaft.<sup>4</sup> Der harsche Umgang mit Kritik und Opposition weckt in Teilen der Bevölkerung Erinnerungen an die stalinistische Unterdrückung vor 1990. Diese bedenklichen Entwicklungen und der erlahmende Reformelan helfen nicht, der Erweiterungs-Skepsis in der EU zu begegnen. Außerdem fällt es der EU schwer, den autokratischen Tendenzen in der Region entgegenzutreten, zumal EU-Hilfen für die Länder des Westlichen Balkans aufgrund der Pandemie weniger an Reformbedingungen geknüpft wurden. Zu bewerten, ob ausreichender Fortschritt in Albanien bei der Bearbeitung der 15 Bedingungen vom März 2020 erzielt wurde, wird daher keine einfache Aufgabe für die Kommission und den Rat der EU werden.

Am 1. Januar 2020 übernahm Albanien für einen Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese internationale Rolle führte zu einer zurückhaltenden Haltung in der Region, obschon der verfahrenere Dialog zwischen Belgrad und Pristina sowie die Regierungskrise in der Republik Kosovo in der Vergangenheit Anlass für robustere Äußerungen Ramas geboten hätten. Die Dynamik der regionalen Zusammenarbeit des Berlin-Prozesses, der seit August 2014 läuft und von Albanien maßgeblich unterstützt wurde, ist verpufft. Der Video-Westbalkangipfel des kroatischen Ratsvorsitzes am 6. Mai 2020 blieb hinter den Erwartungen Tiranas zurück. Ob Albanien 2021 im Rahmen der neuen Methode zusammen mit Nordmazedonien ab Herbst 2020 und parallel zu Montenegro und Serbien über den EU-Beitritt verhandeln wird, bleibt unsicher.

### Weiterführende Literatur

Cooperation and Development Institute: EU enlargement in SEE6 and country reforms: The Justice Reform in Albania as a case study, Tirana 2020.

---

3 Stellungnahmen der Venedig-Kommission zu Albanien sind abrufbar unter: <https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?country=34&year=all> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

4 Vgl. Adelheid Wölfl: Nationaltheater von Tirana in Nacht-und-Nebel-Aktion abgerissen, in: Der Standard, 19.5.2020.